



19. April 2022

Zum Ausfall privater Sicherheitsdienste vor Schutzobjekten

Die DPoIG Berlin fordert die Sicherung von Polizeiobjekten durch extra dafür ausgebildete Polizeitarifbeschäftigte

Aktuell haben Polizistinnen und Polizisten aus den Hundertschaften und den Abschnitten den Objektschutz zum Teil übernommen: Die VollzugsbeamtInnen kontrollieren vor einigen Objekten, z.B. Polizeiunterkünften, an den Schranken den Einlass und gewährleisten den Schutz des Objekts.

Der Grund: An einigen zu sichernden Orten ist der private Sicherheitsdienst ausgefallen.

„Die Objekte sind nun zwar gesichert, aber die Polizeivollzugsbeamten fehlen bei anderen dringenden Aufgaben innerhalb der Stadt“, sagt Boris Biedermann, 1. Stellv. DPoIG Landesvorsitzender.

Dieses Beispiel bestätigt die Positionen und Forderungen der DPoIG Berlin:

- **Wir sprechen uns seit Jahren gegen die Privatisierung staatlicher Aufgaben aus.**
- **Wir fordern die Sicherung von Polizeiobjekten durch extra dafür ausgebildete Polizeitarifbeschäftigte.**
- **Wir fordern, die Personalressourcen des Zentralen Objektschutzes um mindestens 200 Mitarbeitende zu erhöhen.**
- **Wir fordern, diese Arbeit besser zu bezahlen und so attraktiver zu machen.**

Siehe z.B. DPoIG Tarifinfo 13/2021:

<https://www.dpolg.berlin/aktuelles/news/aufgabenabschichtung-des-zos-an-private-sicherheitsdienstleister/>

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de und Internet: www.dpolg.berlin
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender